«Wir sollten dieses Recht wahrnehmen»

Adrian Vatter Wem das System der Demokratie wichtig sei, der sollte auch an den kantonalen Wahlen vom 25. März wählen gehen, sagt der Politikwissenschaftler Adrian Vatter. Der politischen Mitte prophezeit er härtere Zeiten.

Interview: Tobias Graden

Adrian Vatter, warum soll man am 25. März im Kanton Bern wählen gehen?
Adrian Vatter: Erstens: Eine Demokratie ohne Wählerschaft ist keine funktionierende Demokratie. Wem dieses System wichtig ist, der sollte prinzipiell daran teilnehmen. Schliesslich wurde jahrhundertelang dafür gekämpft. Wir sehen im Ausland, wie Demokratien heutzutage unter Druck kommen und sich in Autokratien verwandeln. Wir aber haben dieses Recht und sollten es auch wahrnehmen. Zweitens gibt es kaum einen föderaleren Staat als die Schweiz. Die subnationale Ebene ist sehr wichtig, 40 Prozent des gesamten Staatsbudgets entfallen auf die kantonale Ebene und damit wichtige Themen wie Gesundheit oder Bildung. Der dritte Grund ist ganz rational: Wenn wenig Menschen wählen gehen, hat meine Stimme mehr Gewicht.

Mit grossen Veränderungen ist in diesen Wahlen aber nicht zu rechnen.
Wir haben verschiedene Vakanzen, es geht also auch um eine Erneuerung der Regierung. Parteipolitisch dürfte es allerdings keine grossen Veränderungen geben, das ist so.

Die Wahlbeteiligung bei kantonalen Wahlen dümpelt im Kanton Bern seit der Jahrtausendwende um die geringe 30 Prozent. Den Menschen scheinen sie also nicht sehr wichtig zu sein.
Die Beteiligung im Kanton Bern ist für kantonale Wahlen eine durchschnittliche, wenn man sie mit anderen Kantonen vergleicht. Aus der Forschung wissen wir: Eine tiefe Beteiligung ist nicht grundsätzlich problematisch, denn es gehen dann jene wählen, die gut informiert sind.

Bei einem guten Teil der übrigen 70 Prozent dürfte aber Überdruss und Entfremdung der Grund fürs Nichtwählen sein. Schafft dies nicht ein Legitimitätsproblem für Parlament und Regierung?
Das ist nicht so. Jene, die in der Schweiz nicht wählen, sind mehrheitlich zufrieden. Und: Würden sie teilnehmen, fielen die Ergebnisse nicht signifikant anders aus. Wir hätten also bei 100 Prozent Beteiligung eine sehr ähnliche Zusammensetzung von Regierung und Parlament.

Der Kanton Schaffhausen kennt den Stimmzwang. Würden Sie vergleichbare Mittel für den Kanton Bern ablehnen?
Ich bin ein Gegner des Stimmzwangs. Im Kanton Schaffhausen gibt es deswegen weitaus am meisten Leerstimmen aller Kantone; das kann ja nicht der Sinn der Sache sein. Und die Leute im Kanton Schaffhausen sind nicht besser informiert als jene in anderen Kantonen. Trotzdem müssen dort alle teilnehmen.

Ungebrochen ist das Interesse an einem Mandat – heuer kandidieren 2111 Personen für den Grossen Rat, noch einmal über 200 mehr als 2014. Wie ist das zu erklären, wenn gleichzeitig manche Gemeinden Mühe haben, politisches Personal zu finden?
Das ist auch auf Gemeindeebene sehr unterschiedlich. Urbane Gemeinden finden durchaus interessierte Leute. Schwierig ist es in kleinen ländlichen Gemeinden. Doch ein Grossratsmandat ist mit einem gewissen Prestige verbunden, man kann insbesondere für die eigene Region etwas zu bewegen versuchen – ein ausgeprägtes Phänomen im Kanton Bern. Und es ist ein Sprungbrett für die attraktive nationale Politik.

Gleichwohl: Wie kommt es zu dieser neuerlichen Zunahme der Zahl der Kandidierenden?
Dies dürfte mit dem sehr fragmentierten Parteiensystem im Kanton Bern zusammenhängen. Zudem gibt es immer mehr Split-Listen: Die Parteien haben Listen für ihre Jungparteien, für Frauen, teils für Senioren. Dies führt zu mehr Kandidierenden, da die Listen auch gefüllt werden wollen.

Gleichzeitig wird auch ein Grossratsmandat immer zeitintensiver. Sie haben kürzlich gesagt, der Trend gehe auf Kantonsebene in Richtung «Halbberufsparlament», also grundsätzlich in Richtung Berufspolitiker. Dies widerspricht dem althergebrachten Verständnis des Milizsystems. Ist das problematisch?
Die Entwicklung in den Kantonen ist noch nicht so weit fortgeschritten wie auf Bundesebene. Im Kanton Bern entspricht ein Grossratsmandat etwa einem 30-Prozent-Pensum, Tendenz steigend. Das ist jedoch nicht eine Frage der Wünschbarkeit, sondern schlicht eine Konsequenz der zunehmenden Komplexität und steigenden Zahl der politischen Geschäfte sowie des horizontalen Föderalismus.

Der Trend wird sich also akzentuieren?
Das dürfte der Fall sein. Wir wollen aber in unserem vom Milizwesen geprägten System keine Berufspolitiker. Darum müssen wir darauf achten, dass alle Politiker gleich lange Spiesse haben, dass sie Hilfe erhalten. So könnte jeder Parlamentarier das Recht auf einen Praktikanten haben und die parlamentarischen Dienste sollten gestärkt werden.

Das ist mit Kosten verbunden. Ist dies durchsetzbar?
Diese Kosten sind äusserst niedrig verglichen mit der höheren Qualität der Gesetzgebung und der besseren Kontrolle der Regierung und der Verwaltung.

Auffallend ist, dass sich zunehmend auch junge Menschen sich für Parlamentsmandate interessieren. Wo sehen Sie die Gründe?
Feststellbar ist eine Änderung der Strategie der Parteien: Sie haben gemerkt, dass sie mit zielgruppenspezifischem Auftreten mehr Erfolg haben können. Deswegen treten nicht mehr nur die SP und die SVP mit Jungparteien an, sondern auch die anderen Parteien. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass sich vermehrt junge Leute für Politik interessieren. Es gibt eher das umgekehrte Phänomen, wonach die grosse Mehrheit der Jungen politisch uninteressiert ist.

Hat es also primär mit Medienmechanismen zu tun, wenn junge Politiker durch ihren radikaleren Stil stärker wahrgenommen werden?
Ja. Es ist eine bewusste Arbeitsteilung in den Parteien, dass die Jungen durch ihren Auftritt andere Zielgruppen ansprechen können als die etablierten Politiker. Es ist durchaus erwünscht, dass die Jungparteien die Anliegen der Jugend in ihre Parteien tragen und so auch für eine Erneuerung der Politik sorgen.

Politologe Adrian Vatter: «Jene, die in der Schweiz nicht wählen, sind mehrheitlich zufrieden.»
Susanne Goldschmid

Die Junge SVP ist zuletzt mit einem Zigeunerplakat aufgefallen. Weder Politikbeobachter noch Bürger können es sich wünschen, dass Grenzen auf diese Art überschritten werden.
Das ist so. Es ist aber eine Konsequenz der Kampagnen in den letzten Jahren, die wir als Amerikanisierung der Wahlkämpfe beschreiben: Emotionalisierung, Personalisierung, Mediatisierung. Die Junge SVP setzt auf Gratiswerbung in den Medien, aber das Stilmittel dazu ist offensichtlich unter der Gürtellinie.
Die SP hat nach dem Verlust der Regierungsmehrheit von Links-Grün angekündigt, ihre Oppositionsrolle zu stärken und dies auch mit Referenden zu unterstreichen. Wird sie also zulegen?
Ich gehe nicht von grossen Sitzverschiebungen aus. Zwar kann der Wechsel auf der Gesundheits- und Fürsorgedirektion eine Chance für die SP sein, doch es ist schlicht auch eine Ressourcenfrage, ob sie Initiativen und Referenden lancieren kann. Sie muss sich also auf wenige Themen konzentrieren und konnte nicht auf breiter Front gegen die Politik von Pierre Alain Schnegg opponieren.
Die SVP hat darauf verzichtet, die Mandate ihrer 15 Abtretenden durch vorzeitige Rücktritte zu sichern. Ist das ein Zeichen der Stärke?
Das sehe ich so, sie kann sich das leisten. Die SVP ist im Kanton Bern einfach gut verankert, vor allem auf dem Land. Sie hat etwa den Aderlass nach der Abspaltung der BDP vollständig kompensiert.
Wie werten Sie den Zustand der BDP?
Ihr Ziel muss es sein, den Besitzstand auf dem niedrigen Niveau der letzten Wahlen zu wahren. Dabei hat sie aus den Fehlern gelernt und ist nun zahlreiche Listenverbindungen eingegangen. Das dürfte ihr zwei, drei Sitze sichern. Anderseits sind manche Gründerpersönlichkeiten nicht mehr dabei, es gibt Differenzen innerhalb der Partei – etwa beim Thema Fahrende. Man muss bedenken: Die BDP ist nicht wegen einer bestehenden politischen Lücke entstanden, sie war eine Notgeburt. Ihre Positionen sind zu einem guten Teil praktisch identisch mit jenen der CVP oder der FDP.

«Beatrice Simon wird quasi als ‹Kantonsmutter› wahrgenommen.»

Hat sie auf längere Sicht überhaupt eine Chance?
Das ist eine berechtigte Frage. Nach den kantonalen Wahlen in Bern, Glarus und Graubünden und den nächsten nationalen Wahlen werden wir mehr wissen.
In der Stadt Biel haben die Mitteparteien bei den letzten Wahlen verloren, die Polarisierung hat sich verstärkt. Ein solches Szenario scheint auch für den Kanton Bern möglich. Hat eine Mitte überhaupt Zukunft?
Die zunehmende Polarisierung hat die Mitte durchaus geschwächt. Die BDP hat zwar nach ihrer Gründung auf Anhieb über 16 Prozent Anteil geholt, doch es war dann schwierig, die Mitteposition mit eigenen Positionen auszufüllen. Das liegt in der Natur der Sache. Dabei sorgen gerade die Mitteparteien dafür, dass das System funktioniert, dass Mehrheiten entstehen.
Der Frauenanteil ist bei diesen Wahlen kaum ein Thema, er dürfte auch nicht steigen. Warum ist das so, wenn doch gerade wieder heftige Geschlechterdebatten im öffentlichen Diskurs stattfinden?
Da gilt es zwischen den politischen Lagern zu unterscheiden. Im rot-grünen Lager werden Frauen mittlerweile sehr gut gewählt, bisweilen gar besser als die Männer. Im bürgerlichen Lager sind sie in einer deutlichen Minderheitsposition. Der Kanton Bern ist solid bürgerlich, und das drückt sich auch in der Vertretung von Frauen aus. Aber: Die Mehrheit der Wählenden sind Frauen. Es liegt an ihnen, an die Urne zu gehen und Frauen zu wählen.
Auch in der Regierung dürften die Mehrheitsverhältnisse nicht ändern. Ist die Linke als mutlos zu bezeichnen, wenn sie nicht ernsthaft versucht, die vor nicht langer Zeit verlorene Mehrheit zurückzugewinnen?
Das ist weniger Mutlosigkeit, sondern pragmatischer Realismus. In einem klar bürgerlichen Kanton kommt eine linke Mehrheit nur in besonderen Situationen zustande: in zweiten Wahlgängen, bei sehr tiefer Beteiligung, nach strategischen Fehlern der Bürgerlichen. Unter normalen Umständen wie jetzt ist dies fürs rot-grüne Lager allerdings nicht zu schaffen. Es ist also nachvollziehbar, dass man dafür keine Ressourcen verschwendet.
Sie rechnen also auch für den Jurasitz nicht mit einer Überraschung?
Pierre Alain Schnegg hat bei den letzten Wahlen seinen SP-Herausforderer nicht nur im Jura, sondern im ganzen Kanton geschlagen. Nun tritt er mit dem Bisherigenbonus und dem höheren Bekanntheitsgrad an. Zusätzlich gibt es eine Gegenkandidatur aus den Reihen des PSA. Kurz: Nein.
Pierre Alain Schnegg hat sich zweifellos sehr gut sichtbar gemacht, bisweilen wurde ihm gar vorgeworfen, er überschreite seine Kompetenzen. Wie bewerten Sie seine bisherige Regierungsratstätigkeit?
Sein Handeln ist Ausdruck davon, dass er ein Quereinsteiger war. Er war ursprünglich Unternehmer und parteilos. Er versucht, viel anzupacken und zu bewegen und geht dabei auch neue Wege. Er orientiert sich nicht an der klassischen Konkordanzpolitik, sondern geht bisweilen sehr offensiv und direkt vor.
Kann das auch problematisch sein für die Regierungsarbeit? Es gibt ja auch das Kollegialitätsprinzip.
Er hat ja nicht das Kollegialitätsprinzip verletzt, sondern etwa innerhalb seiner Direktion einen neuen Stil und Entscheide gegen aussen ohne Anhörung betroffener Kreise gefällt. Er muss sich bewusst sein, dass man sich in der Politik immer mehrmals begegnet. Wenn er bestimmte politische Gegner verletzt, könnte es später schon zu Retourkutschen kommen. Interessant ist ja auch, dass er eine Politik betreibt, die in seinen Stammlanden auch zu Verärgerung führt, wenn man etwa an die Spitaldebatte in Zweisimmen denkt. Aufs Gesamtresultat wird das keinen Einfluss haben, aber diese konsequente Politik könnte durchaus sein Ergebnis in dieser Region beeinträchtigen.
Christoph Ammann dagegen wird vorgeworfen, farblos zu sein. Er geht fast ein bisschen unter.
Das sehe ich nicht ganz so. Die Volkswirtschaftsdirektion steht weniger im Fokus der Öffentlichkeit, doch ich habe den Eindruck, dass er gerade für die Standortförderung des Kantons sehr aktiv ist und wichtige Projekte weiterführt, etwa den Innovationspark in Biel oder Sitem Insel in Bern.
Das sind beides Projekte, für die sein Vorgänger sehr aktiv war.
Richtig. Aber dass bei der Sitem Insel nun Bundesmittel fliessen, dass der Grosse Rat 25 Millionen Franken gesprochen hat, dass sich CSL Behring und Ypsomed engagieren – das ist durchaus auch sein Verdienst.
Wenn man davon ausgeht, dass Evi Allemann und Philippe Müller gewählt werden, kommt es zu einer Verjüngung im Regierungsrat. Wird dies spürbar sein?
Gerade Evi Allemann ist Teil einer Generation von Politikerinnen, die in den letzten 20 Jahren sehr professionell Politik betrieben haben. Es kommt mit ihr sozusagen eine Berufspolitikerin in ein Exekutivamt. Dieses ist zwar für sie eine neue Erfahrung, doch fachlich bringt sie das Rüstzeug dafür mit.
Das bedeutet, dass nicht zwingendeine frischere Politik zu erwarten ist?
Das trifft zu einem gewissen Teil sicherlich zu. Man darf aber nicht vergessen: Der Handlungsspielraum eines Regierungsrats ist relativ gross, was die Leitung seiner Direktion betrifft. Er ist aber auch nur ein Mitglied in einem Kollegialgremium, er braucht die Zustimmung des Grossen Rates, und wir haben zudem eine stark ausgebaute direkte Demokratie. Ein einzelner Regierungsrat kann also zwar durchaus neue Akzente setzen, aber er ist auch vielen Restriktionen unterworfen.
Wenig Angriffsfläche scheint Beatrice Simon zu bieten, obwohl sie gerade so bürgerlich politisiert wie ihr Kollege Schnegg. Ist dies durch ihre Persönlichkeit zu erklären?
Sie hat eine gewisse überparteiliche Ausstrahlung. Sie ist zwar klar bürgerlich, im Habitus aber sehr kompromiss- und konsensorientiert. Sie hat Sympathien bis in die politische Mitte. Das ist eine Folge ihres Stils, sie wird gewissermassen als «Kantonsmutter» wahrgenommen.
Wenn sie dereinst zurücktritt, dürfte es spannend und schwierig für die BDP werden.
Genau. Es wird interessant sein zu verfolgen, wer auf den Sitz Anspruch erhebt: Will die SVP doch wieder mal versuchen, drei Sitze zu erreichen? Will sich die aufstrebende FDP profilieren? Kann Links-Grün allenfalls von der Konstellation profitieren?
Sie haben eingangs erläutert, warum man trotz des absehbaren Ausgangs wählen gehen soll. Beteiligen Sie sich also an jeder Wahl und Abstimmung?
Ja. Ich kann ja schlecht im TV-Studio die niedrige Wahlbeteiligung analysieren und gleichzeitig selber nicht an die Urne gehen. Als politisch interessierter und gut informierter Bürger entspreche ich auch den Kriterien jener, die häufig an die Urne gehen. (lacht)

Zur Person

- geboren 1965
- Studium der **Volkswirtschaft und Politikwissenschaft** und Doktorat der Politikwissenschaft an der Universität Bern
- Post Doc an der **University of California** in Los Angeles
- Gründung und Leitung eines eigenen **Büros für Politikberatung und -forschung** in Bern
- **Habilitation** an der Universität Bern
- danach Lehr- und Forschungstätigkeiten an den Universitäten Bern, Basel, Konstanz und Zürich
- Seit August 2009 **Direktor am Institut für Politikwissenschaft** der Universität Bern und Inhaber der **Professur für Schweizer Politik** *tg*